REZENSION

Rechte „Argumente“ widerlegen!

Die Autoren wenden sich gegen Ausschluss und Parteienverbote. Auch die bürgerlichen Parteien haben „den Nährboden gelegt“

Rolf Gloël / Kathrin Gützlaff / Jack Weber
Gegen Rechts argumentieren lernen
Aktualisierte Neuausgabe
192 Seiten | 2017 | **EUR 16.80**

`Rechtspopulismus´ im Aufwind

Rechte Parteien erzielen in Europa stattliche Wahlerfolge. Front National in Frankreich, Wilders in Holland, schon länger Orbans Fidesz in Ungarn, Kaczynskis PiS in Polen, sowie aktuell die Wahl von Kurz´ ÖVP in Österreich, der mit einer verschärften Asylpolitik auf den Zug der FPÖ aufgesprungenen ist, in Tschechien die ANO mit Babis, dem `kleinen Trump´, der mit dem „Kampf gegen Zuwanderung“ gewann und die tschechische rechtsradikale SPD, sowie hier die AfD, die bei der Bundestagswahl drittstärkste Kraft wurde. Sie alle punkten mit nationalistischem Gedankengut, besonders mit Islamfeindlichkeit bis hin zum Fremdenhass.

Die vom Bielefelder Sozialwissenschaftler W. Heitmeyer durchgeführte Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ (2000-2011) kommt zum Ergebnis, dass in Deutschland „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)“ kein Randphänomen darstellt, sondern der Anstieg von „Fremdenfeindlichkeit“ selbst in der „politischen Mitte“ angekommen ist. Eingeschlossen die im rassistischen Weltbild bekannte Ausgrenzung, die Völker nach ihrer Minder- bzw. Höherwertigkeit sortiert. Belegt durch Kriminalstatistiken des BKA, die 2015 und 2016 ca. 2.000 Angriffe auf Asylunterkünfte, davon über 90 Prozent mit einem „eindeutig rechtsradikalen Hintergrund“ ausmachten. Auch die „Zahl judenfeindlicher Delikte“ ist nach Auskunft der Bundesregierung gestiegen; die Dunkelziffer soll hoch liegen.

…. und die vorgestellten Gründe

Die herrschende Politik und ihre Organe sehen missbrauchte Ängste (u.a. „Abstiegsangst“), andere Unzufriedenheit im „Sozialen“ und mit den politischen „Eliten“ als Grund für das Anzünden von Flüchtlingsheimen. Die Heitmeyer-Studie führt das auf die Gesellschaft zurück, die nach „Maßstäben der kapitalistischen Nützlichkeit, der Verwertbarkeit und Effizienz“ organisiert ist. „Globalisierungs- und Krisenverlierer“ titelt die Öffentlichkeit, „Modernisierungsopfer“ die Sozialwissenschaftler.

Welches Urteil bildet die Objektivität richtig ab? Damit hat sich ein Autorenteam schon vor über 10 Jahren befasst, nun – unter dem Eindruck des Erstarkens rechter Parteien weltweit – haben sie ihr Buch umfassend aktualisiert und teilweise komplett `runderneuert´. Die Neuerscheinung „Gegen Rechts argumentieren lernen“ ist ein Beitrag zur Auseinandersetzung. Sie wendet sich an professionelle Erzieher_innen, die mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Jugendarbeit, Sozialarbeit und Schulen zu tun haben und an alle, denen an einer grundsätzlichen Beschäftigung mit Nationalismus und Rassismus gelegen ist.

„Menschliche Überflutung“ (AfD) und „Überfremdung“ (CDSU)

Die politischen Schlagworte greifen radikalisierte Rechte auf, werfen der Politik „Tatenlosigkeit“ trotz Änderung des Asylgesetzes und weiterer Verschärfungen vor (Festung Europa – Massengrab Mittelmeer!), machen brutal Ernst mit Feindseligkeiten gegen Nichtdeutsche bis zum Mord. Die rassistische Denke nimmt das Kapitel 3 `unter die Lupe´.

… die Antwort der Parteien

Im Unterschied zu den Parteien des Bundestages, die – wie etwa die Grünen – im Kampf gegen Rechte „Präventionsarbeit“ mit „innerer Sicherheit“ verknüpfen oder – wie die SPD – auf einen „starken und wehrhaften Staat“ setzen oder, wie CDSU fordern, die „Deutschen müssten wieder stolzer auf ihre Nation“ sein oder – wie die Linkspartei – durch eine andere „Sozial- und Steuerpolitik“ rechte Wähler_innen zurückge-

winnen will – im Unterschied dazu treten die Verfasser_innen des Buchs mit der Durchleuchtung der „abstrakten Identität" des nationalen „Wir" und „Stolzes", der „Liebe zum Vaterland" etc. an. Sie begegnen den rechten Gedanken der Jugendlichen nicht moralisch: „Das gehört sich nicht für Deutschland". Sie wenden sich gegen Ausschluss und Parteienverbote, denn Kriminalisierung ändere die politische Überzeugung nicht. Halten es für einen Fehler, wenn die Parteien am „rechten Rand fischen" und Menschen mit rechter Gesinnung auffordern, ihr Kreuz bei ihnen zu machen, ohne ihrem krassen menschenverachtenden Nationalismus und Rassismus `klare Kante´ zu geben. Das Buch nimmt rechtes Denken als politische Gesinnung ernst, der inneren Logik der Gedanken wird nachgespürt, um daraus eine inhaltliche argumentative Kritik herzuleiten. Die soll nachweisen, dass rechte Politik mit den Interessen junger und älterer Menschen (Ausbildungs- und Arbeitsplatz, auskömmlicher Lohn, angemessene Freizeit etc.) nichts zu tun hat.

Soziale Lage als Nährboden

Schlimme soziale Lagen (Hartz IV, Niedriglohn, Renten, die nicht zum Leben reichen) werden als Ursache für den Run zu den Rechten ausgemacht, so die Positionierung des Mainstreams. Die massenhafte Unzufriedenheit greift die Rechte auf. Und was die Öffentlichkeit daraus folgert, dem geht das Buch nach. Wenn die „Abgehängten" den Standpunkt einnehmen, dies sei eine Schande für Deutschland, beurteilen sie diese objektive Lage nationalistisch. Sie betrachten ihre Schäden durch die `nationale Brille´. Dann wird die eigene schlechte Situation als „die eines anspruchsberechtigten `Deutschen´ gesehen, die wegen der nicht-anspruchsberechtigten" Ausländer so desaströs ausfällt. Die SPD will im Kampf um Wahlstimmen „das Wort Patriotismus zurückerobern". Wenn Menschen im „Wir" oder Rechte mit dem Begriff „Volksgemeinschaft" so tun, als gäbe es ein Kollektiv, in dem alle Interessen zum Zuge kommen und ein friedliches Miteinander herrsche, abstrahieren sie von den sozialen Gegensätzen der Konkurrenz, die in der Nation zusammengefasst sind.

… z. B. Armut und Wohnungsnot

Aus mieser Lage, in der auch die bekämpften Flüchtlinge stehen, liegt es nahe die Frage zu stellen: Was ist der Grund dafür, dass Menschen, die für wenig Geld viel Leistung bringen müssen, zudem vor Arbeitslosigkeit nicht gefeit sind? Wenn in Großstädten „mehr als eine Million Haushalte die Hälfte des Einkommens für Miete zahlt", wäre doch zu klären, warum anständiger Wohnraum für viele unerschwinglich ist. So liegt nahe, da die Mehrheit der Menschen über kein Eigentum verfügt und zur Erwirtschaftung ans `Lebensmittel´ Geld nur kommt, wenn sie die ihnen entgegengesetzten Interessen bedient.

Wenn Krise ist, nimmt die Armut der `kleinen Leute´ zu und man glaubte, dass nun Parteien der sozialen Besserung gewählt werden. Weit gefehlt, die Kritik an der sozialen Not (Alters- und Kinderarmut etc.) wird zum Schwerpunkt der Rechten und sie werden von ehemaligen Wähler_innen der Linkspartei, auch von Gewerkschafter_innen, gewählt. Herauszufinden, warum die Leute arm sind, ist nicht Anliegen der AfD. Nur weil Flüchtlinge hier sind, ist die Armut der Hiergeborenen skandalös! Vor der „Flüchtlingswelle" hat es keine Kritik der AfD an der Armut gegeben. Bekannt ist, dass das Abweisen der Flüchtlinge die Renten nicht erhöht, da das Rentensystem einer ganz anderen Logik folgt, dass Hartz IV Empfänger_innen nicht mit einer Verdoppelung des jetzigen Armutssatzes rechnen können, da die Politik die kargen Zuwächse festlegt, die das Verfassungsgericht bestätigt. Hat die AfD eine Kampagne gestartet, um für eine Verbesserung der miesen sozialen Lage zu kämpfen? Also: nach der Logik der AfD sind die angeprangerten Zustände nicht für sich eine schlimme Sache, sondern nur wegen der aufgenommenen Flüchtlinge. Was der Armut keine Abhilfe bringt, aber der Hetze gegen die Flüchtlinge breiten Raum verschafft. Laut AfD stehen die Zahlungen des Staats an Fremde für mangelnde Fürsorge gegenüber dem eigenen Volk. Das meint Höcke (AfD) auf Facebook, wenn er die „Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen" anklagt. Dem ist Genüge getan, wenn Fremde rausgeschmissen werden. Die Verbrämung der Resultate einer Klassengesellschaft, wo Arbeit und Kapital einen Gegensatz bilden, in „Volksvermögen", streicht bei der gesellschaftlichen Produktion die private Aneignung durch.

Den Verfasser_innen geht es nicht darum, – wie bekannt – den gegeißelten Nationalismus durch den besseren „glaubwürdigeren Patriotismus" zu besetzen; auch nicht, der Politik vorzuwerfen, die „Sorgen der Leute" nicht ernst zu nehmen, die die sich angeblich falsch übersetzen als Zustimmung zu „ausländerfeindlichen" und „nationalistischen" Parolen der rasant aufkommenden politischen Konkurrenz. Die Verwendung der Begriffe „Souveränität", „Volk" und „nationale Identität" sind nicht den Rechten vorbehalten, sie sind fester Bestandteil aller bürgerlichen Parteien und dienen dem nationalen Erfolg nach innen und außen. Die Verfasser_innen skizzieren bei ihrer Aufarbeitung dezidiert die Unterschiede und Gemeinsamkeiten des Rechtspo-

pulismus mit den etablierten Parteien.

Die Sumpfblüten gedeihen schon viel früher

Das Buch belegt die These, dass die herrschenden Parteien schon lange vor der AfD mit ihren Parolen den Nährboden für Rechtsradikale gelegt haben: „Kinder statt Inder“, „Das Boot ist voll“, „Wir brauchen weniger Ausländer, die uns ausnützen und mehr, die uns nützen“. Die einen frönen einem „aufgeklärten, selbstbewusstem Patriotismus“ (CSU); Die SPD ist die „wahrlich patriotische Partei“; den „gesunden Patriotismus“ propagieren die Grünen. Die Reformierung und Verschärfungen des Asylrechts tun das Ihre. Schutzlosigkeit und Bedürftigkeit der Flüchtlinge zählen nicht. Wobei Deutschland mit seinen Weltmachtansprüchen und deren Umsetzung mittels seines Beitrags zu den Kriegen im Nahen Osten einiges an Leid der Geflüchteten mit zu verantworten hat.

Gegen Rechts in der Pädagogik

Im letzten Kapitel wird untersucht, was es mit der „Diskriminierung durch Sprache“ auf sich hat, ob das Spiel „Privilegiertentest“ dazu dient, pädagogisch nachhaltige Erfolge in der Auseinandersetzung mit Rechts zu erzielen und das „Erzeugen von Betroffenheit“ durch Besuche von Gedenkstätten für eine schlüssige Erklärung der NS-Zeit ausreicht.

Das Buch verfügt über eine umfassende Material- und Argumentsammlung mit Zeitungsartikeln, Karikaturen, die Denkanstöße geben und einer These – Antithese Darstellung, die zur Kritik der Fehlerhaftigkeit dieser Überzeugungen sachlich und anschaulich beitragen kann.

F. BERNHARDT, R. GOSPODAREK
Ruheständler

G 20

„Das reizt zum Widerspruch“

Reaktion (Auszug) auf: Aus der Nachlese…, hlz 9-10/2017, S. 64

Hallo Joachim,

zu deinem Steckenpferd, deine amüsanten, brisanten, larmoyanten etc. Mitteilungen am Ende der hlz. Bezug: die Schlussartikel der letzten beiden Hefte vor und nach dem G 20 Gipfel! Im vorletzten Heft werden die Gründe für die massenhafte öffentlich gemachte Meinungsäußerung gegen den G 20 Gipfel dargeboten:

„Vor“ der Demo steht für „Interessengegensätze” und „Ungleichgewichte“ in Ökonomie und Ökologie, die augenscheinlich für „Antikapitalismus“ sprechen, da es mit der „barbarischen Seite des Kapitalimus“, den uns die „Herrschenden eingebrockt“ haben, so nicht „weitergehen kann“.

„Nach“ der Demo – so in der letzten hlz – „aus der Ferne“ beobachtet, steht die Frage zur „Gewaltorgie“ vermutlich nicht für die 30.000 Ordnungshüter inklusive Sonderkommandos, deren Equipment an modernen Wasserwerfern, Räumpanzern, Hubschraubern an eine Militäraktion erinnert. „Scheinbar sei niemand ernsthaft zu Schaden gekommen.“ Das „scheinbar“ drückt Zweifel aus, die bestätigt werden wie „offene Knochenbrüche“ von Demonstranten bei Hetzjagden der ausführenden Organe der Staasgewalt im „Industriegebiet Rondenbarg“ zeigen. Wer die verantwortliche „Politik“ belobigt, der es gelungen sei, den „Protest zu kanalisieren“, sollte der Frage des „Wie?“ nachgehen. Unbestritten, dass die Beamten auch unter ihrem versprühten Reizgas litten und einige der Demonstrant_innen aus Verzweiflung und Wut über das brutale Vorgehen der Polizei u. a. Motiven mit Flaschen und Steinen geworfen haben.

Ob der Applaus für „unsere demokratisch verfasste Gesellschaft“ die Sache trifft? (…)

Klar sollte sein, dass Deutschland als Ausrichter dieser internationalen Konferenz damit renommiert, seine Machtvollkommenheit zu demonstrieren. (...)

Wer sich dem Gewaltmonopol widersetzt, kriegt die staatliche Gewalt zu spüren. (...)

Die Gedanken der Politik und die daraus hergeleiteten Handlungen „sind … die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht“ (MEW 3, 46). Dagegen anzustinken ist nicht leicht – erinnert sei an das KPD-Verbot und die Berufsverbote –, sollte jedoch Anspruch der *hlz* bleiben! (…)

F. BERNHARDT
Ruheständler